

BUCHBESPRECHUNGEN

JAN TINBERGEN

GRUNDLAGEN DER ENTWICKLUNGS- PLANUNG

Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1964. 111 S., brosch. 14,80 DM.

ALBRECHT KRUSE - RODENACKER

GRUNDFRAGEN DER ENTWICKLUNGSPLANUNG

Eine Analyse und Ergebnisse einer Tagung. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1964. 298 S., brosch. 36,30 DM.

ERIK BOETTCHER (Herausg.)

ENTWICKLUNGSTHEORIE UND ENTWICKLUNGSPOLITIK

Gerhard Madienroth zum Gedächtnis von seinen Freunden und Schülern. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1964. XII, 550 S., brosch. 62 DM, Ln. 68 DM.

KURT HESSE

PLANUNGEN IN ENTWICKLUNGS- LÄNDERN

Eine Einführung in Wesen und Praxis des Entwicklungsplanes an Hand von sechs Beispielen. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1965. XX, 618 S., Ln. 69 DM.

Wer sich lange Jahre mit dem zweckmäßigen Einsatz deutscher Steuergelder oder des Mehrwerts deutscher Unternehmen in unterentwickelten Regionen in Übersee befaßt hat, stellt mit Befriedigung fest, daß nun endlich auch bei uns der Begriff der Planung beginnt, seine Tabufunktion zu verlieren. Lange genug wiegte man sich in dem Glauben, daß freie Unternehmerwirtschaft allein in der Lage sei, einen wirtschaftlichen Wachstumsprozeß in die Wege zu leiten, wobei man sich unzulässigerweise auf die westdeutschen Aufbauleistungen nach dem letzten Krieg bezog. Man übersah zunächst geflissentlich, daß Prämissen, die hier gegeben sind, dort fehlen, doch im Laufe der Zeit zwangen Fehlschläge und Verluste zur Anerkennung der Tatsache, daß erhebliche Unterschiede zwischen Wachstumsprozessen in hochentwickelten Industrieländern und in zurückgebliebenen, hochgradig subsistenzwirtschaftlich sich versorgenden Gebieten bestehen. Man erkannte, daß die Beschaffung von Fundamentalinformationen am Anfang einer jeden Entwicklungspolitik stehen müsse, und von dieser Erkenntnis bis zur Forderung einer planmäßigen Strategie zum wirtschaftlichen Aufbau eines Landes war es dann nur noch ein Schritt.

Nun beginnen die Schwierigkeiten indessen erst recht, denn die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Entwicklungsplanung gibt uns noch längst nicht die Werkzeuge zu ihrer Durchführung in die Hand. Selbst die bei uns noch am Anfang stehende mathematische Wirtschaftsbetrachtung ist durchaus nicht a priori geeignet, als Methodenlehre in Entwicklungsländern zu dienen, denn es fehlt in der Regel gerade an der Kenntnis derjenigen Daten, die allein mathematische Analysen gestatten — ganz abgesehen von den extrem unterschiedlichen Verhaltensweisen der Menschen in unterentwickelten Ländern, die geeignet sind, alle noch so exakt vorherberechneten Entwicklungstendenzen über den Haufen zu werfen. Es ist deshalb an der Zeit, daß sich einige deutsche Nationalökonomengedanken über mögliche Methoden der Entwicklungsplanung machen und daß man Standardwerke ausländischer Autoren dem deutschen Leser zugänglich macht.

Dankenswerterweise hat die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Übersetzung des Buches *Design of Development* aus der Feder des bekannten niederländischen Nationalökonomens *Jan Tinbergen* ermöglicht, in dem er einen sehr straff zusammengefaßten Überblick über Problematik und Methoden der Entwicklungsplanung gibt. Diese kleine Schrift ist durchaus in der Lage, den Leser in die Zusammenhänge zwischen öffentlicher und privater Investition, in das Verständnis der Rolle der einzelnen Gewerbezweige, der Auslandshilfe und vor allem in die zahlreichen Voraussetzungen einzuführen, ohne die eine Planung nicht möglich ist.

Nun wird die Planung allerdings um so komplizierter, je mehr man ins Detail geht, je mehr man von allgemeinen Feststellungen und Empfehlungen zur konkreten Aufgabenstellung kommt. Die Planung eines einzelnen, isolierten Projekts, selbst wenn es einen gewaltigen Umfang hat, ist relativ einfach, verglichen mit der Aufgabe, es zusammen mit ähnlichen Vorhaben sinnvoll in den Rahmen einer sich expandierenden Volkswirtschaft einzubauen. Tatsächlich aber kann nur eine solche „integrierte Entwicklungsplanung“ das angestrebte Leitbild sein. *Kruse-Rodenacker* weist mit Recht darauf hin, daß in den Entwicklungsländern die einzelnen Sektoren in der Regel sehr unterschiedlich entwickelt sind, daß ein Transportnetz, ein eigentlicher Markt und eine moderne Geld- und Kapitalwirtschaft fehlen und daß schließlich auch die wirtschaftlichen Interdependenzen von Reaktionen der Wirtschaftsindividuen bestimmt werden, die wir als „irrational“ bezeichnen würden, weil sie unseren Marktgesetzen zuwiderlaufen. Er weist u. a. auch auf die Schwierigkeit hin, daß erfolgreich durchgeführte Projekte neue Probleme aufwerfen, ohne deren Lösung die Erfolge untergehen. Dies alles zeigt recht eigentlich, daß die wirtschaftliche Interdependenz,

die erst eine funktionierende Wirtschaft ausmacht, ungeheuer schwer planerisch zu erfassen ist, und zwar kaum mathematisch und noch weniger in der Wirklichkeit. Das gleiche Buch bringt übrigens eine große Zahl von Beiträgen in- und ausländischer Autoren, die sich mit Spezialfragen wie Programmierungstechniken, statistischen Grundlagen usw. beschäftigen oder anhand von praktischen Erfahrungen und Beispielen, vor allem auf dem Gebiet der Landwirtschafts- und Erziehungsplanung, interessante und instruktive Beispiele beisteuern.

Anknüpfend an den Nachdruck des noch immer aktuellen Kapitels „Bevölkerung und Wirtschaft“ von *Gerhard Mackenroth* liefert der von *Erik Boettcher* herausgegebene Gedenkband neue, zum Teil beachtliche Beiträge zur Theorie und Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung und Entwicklungshilfe. Zur Frage der Theorie der Entwicklung der Planung und Praxis der Entwicklungshilfe haben *Predöhl*, *Karl Schiller*, *Harald Jürgensen* und *Bruno Knall* beigetragen. Auch dieser Band beschränkt sich nicht auf das Grundsätzliche, sondern versucht Exemplifizierungen an praktischen Beispielen. Nach allgemeinen Beiträgen über soziale Probleme in den Entwicklungsländern (*Karl Martin Bolte*, *Hans Harmsen*, *Gerhard Wurzbacher* u. a.) und Bildungs- und Ausbildungsfragen (*Jan Tinbergen*, *Hasso von Recum*, *H.-D. Ortlieb*) wendet sich die Sammlung dem Beispiel Indien zu. Es ist unmöglich, die Fülle der hier teilweise neu, teilweise bereits anderweitig dargebotenen Überlegungen eingehend und kritisch zu würdigen. Es kann aber so viel gesagt werden, daß Verlag und Herausgeber mit diesem Sammelband dem Leser die Möglichkeit gegeben haben, sich recht umfassend zu orientieren.

Kurt Hesse legt in seinem neuesten Buch das Schwergewicht auf Methodik und Problematik konkreter Entwicklungspläne. Dabei stehen die Länder Indien, Iran, Spanien, Türkei, Senegal und Israel im Mittelpunkt des Interesses. Diese Auswahl erfolgte nicht von ungefähr, denn der Verfasser läßt es sich angelegen sein, die einzelnen Planungssysteme vor einem jeweils anderen Hintergrund darzustellen, genauer: er wählt Länder, bei denen die Voraussetzungen für den Entwicklungsprozeß recht unterschiedlich sind. So gilt Indien als Beispiel für einen „stark bevölkerten Großraum tropischen bzw. subtropischen Charakters mit hinlänglicher Infrastruktur und reichem Potential natürlicher Hilfsquellen“, Iran als „schwach bevölkerter Großraum subtropischen Charakters mit ungenügender Infrastruktur und unterschiedlichem Potential natürlicher Hilfsquellen“, Israel als Muster für eine „geplante Entwicklung auf der Grundlage lang- und mittelfristiger Gesamt- und Teilplanungen für einen unterschiedlich bevölkerten Kleinstaat des östlichen Mittelmeerraumes mit ungenügender Infrastruktur und wenig

erschlossenen natürlichen Hilfsquellen“ — um nur diese Beispiele zu nennen. Sicherlich finden in der Planung selbst noch andere Merkmale von Bedeutung (wie Volksbildung, soziale Verhältnisse usw.) Berücksichtigung. Zusammen mit nahezu 100 Seiten Grundlagenerörterungen bildet das Buch eine willkommene Stütze für jeden, der sich mit theoretischen wie praktischen Fragen der Entwicklungsplanung beschäftigen will.

Im ganzen gesehen ist die deutsche Planungsliteratur noch dürftig, während das Ausland eine große Zahl von Schriften angesehener Autoren anbietet. Immerhin ist nun auch bei uns ein Anfang gemacht.

Dr. Wolf Donner

GUNNAR MYRDAL JENSEITS DES WOHLFAHRTSSTAATES

Wirtschaftsplanung in den Wohlfahrtsstaaten und ihre internationalen Folgen. Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1961. 227 S., kart. 26,80 DM.

Der Verfasser gehört zu den führenden Sozialwissenschaftlern und scharfsinnigsten Denkern unserer Zeit; es ist ein großer geistiger Genuß, seinen klaren Gedankengängen zu folgen. Er beschreibt in dem vorliegenden Buch eine gegenwärtig zwar noch utopisch erscheinende, aber dennoch anzustrebende Gesellschaftsordnung, die durch eine vollkommene Demokratie allen Menschen die größtmögliche Freiheit sichert und ihnen zugleich einen größtmöglichen Wohlstand bringt und die über den Wohlfahrtsstaat hinaus zu einer „Wohlfahrtswelt“ führt.

Gunnar Myrdal geht davon aus, daß unsere Volkswirtschaften in den letzten Jahrzehnten „in zunehmendem Maße reguliert, organisiert und koordiniert worden sind, das heißt ‚geplant‘, und das in einem Ausmaß, das sich . . . vor einem halben Jahrzehnt niemand hätte vorstellen können“. Diese Entwicklung war zwar „dauernd von dem lauten Geschrei begleitet, daß all dies uns nicht zustoßen dürfe, da wir ja eine ‚freie‘ Wirtschaft hätten“; sie war aber weitgehend zwangsläufig, und der Verfasser stellt die Umstände und die Kräfte dar, die den Trend zur Planung verursacht haben. „Es gehört“, so stellt Gunnar Myrdal fest, „zur Ironie der Geschichte der letzten Jahrzehnte, daß die Planung oft die liberale Alternative gegenüber einem wirklichen Chaos war, das durch die unkoordinierten und schlecht organisierten staatlichen Eingriffe zu entstehen drohte“. Diese staatlichen Eingriffe wurden nämlich nicht auf Grund einer bewußten Entscheidung für die Planung vorgenommen, und man war von Zeit zu Zeit gezwungen, die Interventionen zu koordinieren und überhaupt zu rationalisieren. Ebenso wie

die Entwicklung zur Planung war auch die zum Wohlfahrtsstaat nicht beabsichtigt gewesen. Aber: „Obgleich während des ganzen Prozesses seiner Entstehung die Lebens- und Arbeitsbedingungen im heutigen Wohlfahrtsstaat weder -von einzelnen noch von Gruppen oder politischen Parteien, erst recht nicht von den Konservativen und Liberalen, aber auch nicht... von den Sozialisten als anzustrebendes Ziel anvisiert wurde, kann am Ende des Prozesses der Wohlfahrtsstaat zum allgemein anerkannten Ideal der Bevölkerung werden.“

Gunnar Myrdal vertritt die Auffassung, daß ein vollendeter Wohlfahrtsstaat zu einer Entbürokratisierung führen und den Menschen von kleinlicher staatlicher Bevormundung befreien wird. Wenn die staatlichen Eingriffe auf das Ziel des Wohlfahrtsstaates ausgerichtet sind und wenn sie wirksam koordiniert werden, lassen sie sich radikal vereinfachen. Dadurch wird es möglich, „einen größeren Teil des amtlichen Regierens auf öffentliche und private Organe unterhalb des staatlichen Niveaus“ zu verlegen und die Selbstverwaltung zu stärken.

Eine Vervollkommnung des Wohlfahrtsstaates bringt — und erfordert aber auch — mehr Demokratie. Dazu bedarf es freilich aufgeklärter, politisch wachsamer und aktiver Staatsbürger, und Myrdal ist sich dessen bewußt, daß die Erziehung zur Demokratie entscheidend für das Schicksal des Wohlfahrtsstaates ist. „Der Wohlfahrtsstaat muß ständig um . . . die demokratische Beteiligung der Bevölkerung besorgt sein.“ Dazu gehört auch die aktive Mitarbeit in Organisationen, wie den Gewerkschaften. Denn das Vorhandensein von starken, gleichgewichtigen Interessenorganisationen ist die Voraussetzung dafür, daß ein Teil der Regierungstätigkeit vom Staat auf die demokratischen Selbstverwaltungen dieser Organisationen verlagert werden kann. Gegenwärtig fehlen insbesondere noch in allen Ländern starke und wirksame Verbraucherorganisationen, von denen sich Myrdal einen wesentlichen Beitrag im Kampf um die Stabilität des Geldwertes verspricht.

Im zweiten Teil seines Buches, der sich mit den internationalen Auswirkungen des Wohlfahrtsstaates befaßt, stellt Myrdal fest, daß „der demokratische Wohlfahrtsstaat . . . protektionistisch und nationalistisch ist“; er wirkt international desintegrierend. Hierzu gibt es „keine andere Alternative als den Versuch, durch internationale Zusammenarbeit und gegenseitige Zugeständnisse die Wohlfahrtswelt aufzubauen“. In einer interessanten Analogie überträgt Myrdal die *Marxsche* Voraussage, wonach sich der Abstand zwischen den wenigen Reichen und den armen Massen ständig vergrößern wird, auf die heutige Welt-situation: Zwischen den reichen Industrienationen und den armen Ländern mit ihren großen Bevölkerungsmassen besteht ein ge-

waltiger Einkommensunterschied, der sich ständig vergrößern wird, wenn man sich im Welthandel auf das „freie Spiel der Kräfte“ verläßt. Die armen Nationen werden als Folge immer mehr klassenbewußt werden, und es kann zu einem internationalen Klassenkampf kommen.

Indessen wurde die Marxsche These in der westlichen Welt durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt; der Klassenkampf wurde durch den Wohlfahrtsstaat, der zu einer immer besseren Realisierung der Ideale der Freiheit und der Gleichheit für alle führt, gezähmt und bewältigt. Niemand könne uns, so folgert Myrdal aus dieser Entwicklung, daran hindern, auch auf internationalem Gebiet etwas Ähnliches zu tun und „eine künstlich geschaffene Harmonie zu erreichen“. Sicherlich ist diese Aufgabe viel schwieriger, aber sie bleibt die einzige Alternative zu der Möglichkeit, den internationalen Klassenkampf einer Revolution zutreiben zu lassen.

Günter FehI

JÜRGEN HABERMAS

THEORIE UND PRAXIS

Sozialphilosophische Studien. Band 11 der Reihe *Politica*. Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied 1963. 380 S., Ln. 27 DM.

Jürgen Habermas gehört zu jenen Sozialforschern, die sich der kritischen Gesellschaftstheorie, wie sie von *Karl Marx* konzipiert wurde, verpflichtet fühlen. In dem vorliegenden Band hat er eine Reihe von Aufsätzen zusammengefaßt, die vorwiegend Probleme der sozialphilosophischen Dogmengeschichte zum Thema haben.

Für besonders wichtig halte ich die Beiträge über „Die klassische Lehre von der Politik in ihrem Verhältnis zur Sozialphilosophie“, „Naturrecht und Philosophie“, „Kritische und konservative Aufgaben der Soziologie“, „Dogmatismus, Vernunft und Entscheidung — Zur Theorie und Praxis in der verwissenschaftlichten Zivilisation“ und „Zur politischen Diskussion um Marx und den Marxismus“. Die Arbeiten „Hegels Kritik der Französischen Revolution“ und „Dialektischer Idealismus im Übergang zum Materialismus — Geschichtsphilosophische Folgerungen aus Schellings Idee einer *Contraction Gottes*“ sind mir mangels ausreichender philosophischer Schulung weiterhin verschlossen geblieben. Doch gebe ich zu, daß mich auch die stellenweise etwas umständliche Schreibweise von Habermas ein wenig ungeduldig machte.

Was er in dem Aufsatz „Zwischen Philosophie und Wissenschaft: Marxismus als Kritik“ über die politische Ökonomie von *Karl Marx* schreibt, hat mich nicht ganz überzeugt. Habermas verfährt in seiner Kritik so, als ob *Marx* Ereignisse und nicht Tendenzen vorausgesagt hätte (S. 188 ff.). Auch ist mir nicht bekannt,

wo Marx den Mehrwert als eine „Naturgröße“ bestimmt haben soll, wie S. 192 und 194 behauptet wird. Seine Hoffnung, eine fortschreitende Demokratisierung der Gesellschaft sei auch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht von vornherein ausgeschlossen (S. 198), möchte ich gern teilen, doch gelingt es mir nicht. Die empirischen Daten sprechen vorläufig noch dagegen.

Wo Habermas über die Folgen der Arbeitsteilung zwischen datenverarbeitender Wissenschaft und wissenschaftlich nicht kontrollierbarer Normensetzung (S. 17), über die historischen Tatbestände, die zur Zähmung der Soziologie führten (S. 223), die konservativen und kritischen Aufgaben der Soziologie (S. 227 ff.), gegen die Identifikation des Gesollten mit dem Erreichten, über die Zusammenhänge zwischen analytischer Wissenschaftstheorie und Deziologismus und die subjektive Wertphilosophie (S. 241 ff.) schreibt, stimme ich ihm ganz zu. An diesen Stellen beweist er die Überlegenheit kritischer Gesellschaftstheorie über Positivismus und Funktionalismus, über die Rationalität der Ohnmacht, wie man in Anlehnung an *Max Horkheimer* sagen kann.

Auch den kritischen Bemerkungen über *Ernst Bloch*, den er treffend einen „marxistischen Schelling“ nennt, darf man wohl beipflichten. Ein bißchen anmutiger wünschte ich mir die Polemik in diesem Falle schon, hoffen doch Bloch und Habermas — wenn ich recht unterrichtet bin — auf die Realisierung derselben Utopie. Da sollte auch in der Kritik ein wenig Solidarität sichtbar werden.

Angesichts der Tatsache, daß der Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung, gegen die endgültige Restauration des Autoritarismus in der Bundesrepublik ein tieferes Verständnis für die Problematik der Grundrechte erfordert, verdient die Studie über „Naturrecht und Revolution“ besondere Beachtung. Alles in allem werden aufmerksame Leser Jürgen Habermas für die Einsichten und kritischen Hinweise, die er in diesem Buch bietet, dankbar sein.

Dr. Wilfried Gottschalch

DAS WACHSTUM DER WELTBEVÖLKERUNG

Eine Vortragsreihe der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Polygraphischer Verlag und J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Zürich und Tübingen 1965. 190 S., Ln. 22 DM.

Die Bevölkerungsexplosion in weiten Teilen der Welt, und zwar gerade in denjenigen, in denen die Versorgung der Menschen aus der eigenen Nahrungsmittel- und Verbrauchsgüterproduktion ohnehin nicht ausreicht, setzt heute ein Alarmsignal für Wissenschaft und Technik. Wenn deshalb die Hochschule St. Gallen die Vorträge, die anlässlich eines Zyklus im Jahre 1964 zum oben genannten Thema ge-

halten wurden, in Buchform herausgibt, so ermöglicht sie damit einem größeren Personenkreis, sich über dieses brennende Problem durch die Verlautbarungen erster Sachkenner zu informieren. Die breite Anlage der Thematik gestattet die Behandlung unter verschiedenen Aspekten wie etwa aus dem der Welternährung (*Hans Boesch*) oder der Erziehung (*Dieter Claessens*). Im Mittelpunkt steht natürlich die Frage einer bewußten Einschränkung des Nachwuchses, zu der Medizin, Protestantismus und Katholizismus gehört werden, zu der aber vor allem in dem abschließenden Kolloquium manch interessanter praktischer Beitrag gegeben wird.

Es tritt immer wieder deutlich bei derartigen Diskussionen zutage, daß die Lösung des Problems hochgradig durch ideologiegeladene Hindernisse erschwert wird, durch Thesen also, die eigentlich versteckte Anliegen durchsetzen möchten und nur sehr bedingt etwas mit dem Problem zu tun haben. Verschiedentlich wird deutlich, daß derartige Hindernisse, die wir als Ausdruck einer überholten Denkweise in unterentwickelten Gebieten finden, auch bei uns vorhanden sind.

Dr. Wolf Donner

RICHARD SCHMID

EINWÄNDE

Kritik an Gesetzen und Gerichten. Henry GoTert« Verlag, Stuttgart 1965. 270 S., kart. 14,80 DM.

Richard Schmid, der 1964 in den Ruhestand getretene Stuttgarter Überlandesgerichtspräsident, war ein ausgezeichnete Richter. Die Mitglieder des Senats, dem er vorsah, wissen ein Loblied darüber zu singen, wie ernst er seine richterlichen Pflichten nahm. Als Überlandesgerichtspräsident hatte er eine Schlüsselposition inne, deren Bedeutung im hierarchischen Aufbau der deutschen Justiz eher unter- als überschätzt wird. Von seinen Kollegen in den hohen Richterämtern unterschied er sich durch seine Vergangenheit, die ihn als Widerstandskämpfer gegen Hitler auswies, wie durch die Unbefangenheit, mit der er in Zeitungen und Zeitschriften zu brennenden politischen und juristischen Tagesfragen Stellung nahm. Manchmal schien es, als ob dieser leidenschaftlich für Recht und Freiheit engagierte Mann, der eine glänzende Feder führt, ein Außenseiter innerhalb der deutschen Justiz sei, ein unbequemer, gefürchteter Kritiker, der zwar in der politischen Öffentlichkeit Zustimmung findet, aber in der Richterschaft selbst ohne Widerhall bleibt. Inzwischen ist jedoch deutlich geworden, daß dieses Urteil nicht stimmt. Richard Schmid hat durch seine publizistische Tätigkeit einen starken Einfluß namentlich auf junge Juristen ausgeübt, und wenn es heute nicht mehr pure Vermessenheit ist, von „progressiven Kräften“ in der deutschen Justiz zu sprechen, so ist das zum nicht unerheblichen Teil sein Verdienst.

Schmids Aufsätze sind in Zeitschriften und Zeitungen verstreut. Der Henry Goverts Verlag hat sich dadurch, daß er sie der Gefahr des Vergessenwerdens entrissen und in einem Sammelband der Öffentlichkeit vorgelegt hat, ein Verdienst erworben. Selbst für den, der die Aufsätze bereits gelesen hat, ist ihre erneute Lektüre lohnend. Wer sie noch nicht kennt, sollte sie unbedingt lesen. Für den politisch Interessierten sind sie eine leicht zugängliche Einführung in die Gegenwartsprobleme von Recht und Rechtspflege.

Der erste Abschnitt des Sammelbandes ist der politischen Justiz gewidmet. Die darin versammelten Aufsätze haben nichts von ihrer Aktualität verloren. Erst recht gilt das für Schmids Betrachtungen über die Strafrechtsreform, „Gute Sitten“ (aus Anlaß des Falles Dohrn) und die Grundrechte. Von Einseitigkeiten ist Schmids pointierte Stellungnahme gelegentlich nicht frei; der Leser dürfte sie — wie der Rezensent — als besondere Würze empfinden. Einen Höhepunkt bedeuten Schmids Essays über die Meinungsfreiheit und die „Abhängigkeit des Richters“; der zuletzt genannte Beitrag stellt dem Postulat der richterlichen Unabhängigkeit die mannigfachen Einflüsse gegenüber, denen die richterliche Rechtsfindung in der empirischen Wirklichkeit unterliegt. Die viel beachtete Abschiedsrede als Überlandesgerichtspräsident, in der Schmid die Freiheit der Justizkritik gegen ihre Widersacher verteidigte, ist dem Band anstelle eines Vorwortes vorangestellt.

Neben diesen über den Tag hinaus bedeutsamen Beiträgen möchte ich die Analysen über die politische Justiz der Weimarer Republik und des Dritten Reiches hervorheben, die in das Schlußkapitel „Kritisches zur Zeitgeschichte“ aufgenommen sind. Schmid hat darin die Haltung großer Teile der Weimarer Richterschaft schonungslos als das gekennzeichnet, was sie war, nämlich republikfeindlich. Als Hitler an die Macht kam, war der Einbruch des Unrechts für die deutsche Justiz keine Überraschung oder übermächtige Katastrophe; es bestand vielmehr eine entsprechende „Disposition und Anfälligkeit des Personals der deutschen Justiz“.

Bedauert werden muß, daß der Band nicht angibt, wo die einzelnen Beiträge zuerst erschienen sind. Die meisten stammen aus der *Zeit*, für die Schmid heute in erster Linie schreibt. Der Leser der Gewerkschaftlichen Monatshefte findet die Auseinandersetzung mit Geßler wieder („Die Reichswehrpolitik der Weimarer Zeit“ — GM 1959, Heft 9). Schade, daß Schmids Betrachtungen zum Streik und zur Aussperrung (GM 1954, Heft 1; 1964, Heft 6) nicht in die Sammlung aufgenommen sind; sie hätten es verdient.

Rudolf Wassermann

GEORGE GALLUP

DIE MOBILISIERUNG DER INTELLIGENZ

Von der Kunst, die menschlichen Kapazitäten besser zu nutzen. Econ-Verlag GmbH., Düsseldorf—Wien 1965. 264 S., Ln. 14,80 DM.

Die Meinungsforschung ist wie so viele andere Praktiken der tagein, tagaus manipulierten Massenseele aus den USA zu uns gekommen. Herr Gallup ist ihr großer Meister. Er hat es unternommen, das Ergebnis seiner Arbeit und die daraus resultierenden Schlußfolgerungen für das Gefüge der heutigen amerikanischen Gesellschaftsstruktur in einem Buch darzulegen. Der englische Titel lautet: „The miracle ahead“, was sich etwa mit „Das Wunder der Zukunft“ übersetzen ließe. Um dieses Wunder sogar in einer Welt harten täglichen Profitkampfes Wirklichkeit werden zu lassen, will der Autor die Intelligenz mobilisieren.

Er geht dabei vom heutigen Stand der Gehirnforschung aus und stimmt den Experten zu, „die von dem Denkvermögen des Durchschnittsmenschen keine allzu hohe Meinung haben“. Ein neues Erziehungsprogramm soll hier Abhilfe schaffen. In den anschließenden Kapiteln über „Die Entwicklung geistiger Fähigkeiten“, „Können Gruppen schöpferisch sein?“ und „Die neue Methodologie“ werden Mittel, Wege und Ziel dieses Vorhabens umrissen. Die guten Absichten des Verfassers sind unverkennbar. Seine Betrachtungen in diesen Abschnitten des Buches gipfeln in dem Satz: „Wenn wir es uns zum Ziel machen, die nächsthöhere Stufe der Zivilisation in der kürzestmöglichen Zeit zu erreichen, so müssen die heranwachsenden Generationen lernen, Kritik am Status quo zu üben. Der Fortschritt wird stets in dem Maße voranschreiten, in dem die Menschen mit dem Heute unzufrieden sind und der Versuchung widerstehen können, aus Bequemlichkeit und Trägheit alles beim alten zu belassen. Die Wurzel der Kreativität liegt also in einer unkonstruktiven, lebendigen Haltung. Sie beginnt sich in dem Augenblick zu entfalten, in dem das Individuum den Mut hat zu sagen: ‚Ich sehe nicht ein, warum ich genau das machen soll, was die anderen auch tun.‘ Er hat sich somit vom Herkömmlichen distanziert und ist nun gezwungen, unter Einsatz all seiner Phantasie nach neuen Wegen zu suchen.“ An dieser Stelle fehlt der Hinweis auf die nivellierende, ablenkende und auf Konformismus zielende Beeinflussung durch die Massenmedien, die sich dort wie hier durch Tabuhörigkeit in erheblicher Lautstärke kennzeichnen.

Es muß ziemlich erschreckend sein, was das jahrelange Fragen dem Autor dieses Buches an Einsichten vermittelt hat. Im Detail wird davon im Gegensatz zu der sehr umfassenden Darstellung der Fakten, die das Allensbacher Institut für Demoskopie erkundet hat, sehr

wenig berichtet. Das Wenige genügt aber schon, um deutlich zu machen, daß hüben und drüben die gleichen Erscheinungen vorliegen. Daß ihnen auch mit den besten Methoden nicht beizukommen ist, deutet Gallup im Schlußkapitel seines Buches „Heute schon das Neue wollen“ vorsichtig an, wenn er einerseits das Gesellschaftssystem für die anhaltende geistige Trägheit und den Mangel an kritischem Denken verantwortlich macht und andererseits seine „Hoffnung für die Zukunft“ auf den „einfachen Bürger“ setzt: „So ist es notwendig, daß die breite Masse die Initiative ergreift und sich für den Fortschritt in Sachen Menschheit verantwortlich fühlt. Das Volk muß seine Führer in die Veränderungen ‚hineinprügeln‘, das ist nicht schön, aber wahr.“ Leider fehlt dem sonst lesenswerten Buch die letzte, unvermeidliche Schlußfolgerung aus der Kritik an den Krankheitserscheinungen der kapitalistischen Umwelt: die Einsicht, daß die neue Gesellschaft auf veränderte ökonomische Grundlagen gestellt werden muß. *Hermann Lücke*

VIOLA KLEIN
WOMEN WORKERS

Working hours and Services. Organisation for Economic Co-Operation and Development, Paris 1965. 100 S., kart. 8,30 DM.

Die OECD widmet sich in einem ihrer Komitees der Frage, wie Frauen Berufsarbeit und häusliche Pflichten (wobei nicht nur an Frauen mit Kindern, sondern auch mit versorgungsbedürftigen Eltern oder sonstigen Verwandten gedacht werden muß) vereinen können und wie ihre Umwelt (Betrieb, Nachbarn, Staat und Gemeinde) dabei helfen kann. Das Ergebnis einer entsprechenden Fragebogenaktion unter den OECD-Mitgliedsländern legt die bekannte Soziologin Viola Klein vor. Die Studie beschreibt die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt der OECD-Länder und die bedeutenden Wandlungen, die sich dort vollzogen haben. Sie befaßt sich weiter mit Arbeitsstunden und Teilzeitarbeit; mit den Möglichkeiten, die Behörden, wohltätige Institutionen und freiwillige Organisationen in den einzelnen Ländern zur Entlastung arbeitender Frauen mit Familienpflichten bieten. Die Autorin kommt zu dem Schluß, daß es weniger wichtig ist, eine Fülle neuer Dienste zu schaffen, als vielmehr, die Arbeitszeit der vorhandenen Institutionen (Schulstunden der Kinder, Arbeitszeiten der Kindergärten, Ladenöffnungszeiten usw.) zu koordinieren und dem untersuchten Personenkreis anzupassen.

Diese Untersuchung ist deshalb aktuell, weil die Zahl solcher Frauen ständig wächst, und sie ist nicht nur im Interesse der betroffenen Frauen zu begrüßen, sondern auch in dem der Wirtschaft, in der diese Frauen Arbeitsplätze ausfüllen, die auf Grund des Arbeitskräfte-

mangels anders nicht mehr zu besetzen sind. Dazu sei am Rande vermerkt, daß — im Gegensatz zu anderen OECD-Ländern — der Arbeitsminister der Bundesrepublik sich in seiner Antwort auf die Frage nach der staatlichen Arbeitskräfte-Politik dahingehend geäußert hat, daß Frauen mit Familienpflichten zwar eine wichtige, aber nicht die einzige Arbeitskraftreserve seien; es gäbe andere, z. B. die Beschäftigung von Gastarbeitern. Unternehmer und Kommunen kommen trotzdem nicht darum herum, sich mit dem Problem zu befassen, und sie werden in dieser Schrift Hinweise finden für Maßnahmen, die die Frauen in die Lage setzen, ihre Doppelfunktion ohne übermäßigen Energieaufwand zu erfüllen und damit ein wertvoller Teil der Volkswirtschaft zu sein. *Erika Donner*

THEO PIRKER
DIE SPD NACH HITLER

Verlag Rütten & Loening, München 1965. 360 S., Ln. 18 DM.

Den zahlreichen Publikationen über die Sozialdemokratische Partei, die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik erschienen, ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Tendenz gemeinsam, eine Rechtfertigung für den gegenwärtigen politischen Kurs der SPD zu liefern. Man nimmt daher nicht ohne Erwartungen das Buch eines Autors zur Hand, der sich in seiner Untersuchung „Die blinde Macht“ als ein Publizist erwiesen hat, der sich den traditionellen Idealen der Arbeiterbewegung verpflichtet weiß, den Ausprägungen jener Bewegung in der Gegenwart aber mit kritischer Distanz gegenübersteht.

Für Pirker, einen überzeugten Sozialisten und Pazifisten, ist die Geschichte der SPD nach Hitler eine Geschichte der Kapitulationen, eine Geschichte wohlgerneht der nicht notwendigen Kapitulationen. Obwohl Pirker dem ersten Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei nach 1945, *Kurt Schumacher*, seinen Respekt nicht versagt, stellt er fest, die SPD habe bereits in den ersten Nachkriegsjahren ihre Aufgabe verfehlt, indem sie der Restauration kapitalistischer Verhältnisse nicht entschlossen genug Widerstand leistete. Sie habe durch ihre Teilnahme am Frankfurter Wirtschaftsrat in der Rolle der „konstruktiven Opposition“ aktiv an der Wiederherstellung der alten Ordnung mitgewirkt, und sie habe nichts getan, um die auf Wiederherstellung der alten kapitalistischen Wirtschaftsordnung und Re-Etablierung der alten gesellschaftlichen Führungsschichten abzielende Verwendung der Marshallplännmittel der Öffentlichkeit darzulegen. Die Währungsreform, die Pirker, weil sie einseitig die Besitzer von Sachwerten gegenüber den kleinen Sparern begünstigte, als einen „der rücksichtslosesten Akte

des Klassenkampfes von oben in der deutschen Sozialgeschichte" bezeichnet, habe die SPD passiv hingenommen; die Sozialdemokratie habe alles getan, „um die Tatsache zu verschleiern, daß mit dieser Geldreform das Grundgesetz der zukünftigen Wirtschaftsverfassung in Westdeutschland . . . proklamiert worden war, und sie damit eine schwere Niederlage hatte hinnehmen müssen." (S. 81.)

Wie bei der Grundlegung der Wirtschaftsverfassung, so habe die SPD auch bei der Schaffung der politischen Verfassung ohne Notwendigkeit kapituliert. „Die sozialdemokratische Fraktion im Parlamentarischen Rat in Bonn", schreibt Pirker, „hat die republikanischen und radikal-demokratischen Traditionen der Partei aus rein strategischen Gründen ganz bewußt aufgegeben und damit die so oft beanspruchte Prärogative der SPD unter den Parteien Deutschlands nach 1945 ad absurdum geführt. Mit den traditionellen Staats- und Verfassungsauffassungen der Sozialdemokratie war nicht zu vereinbaren: die im Grundgesetz festgelegte Sonderstellung der Parteien, die auf eine Mediatisierung des Volkes hinauslief; die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion in der Frage des Wahlrechtes und zu den plebiszitären Rechten des Volkes; die Konstruktion des sogenannten ‚positiven Mißtrauensantrags', der eine entschiedene Beeinträchtigung der Rechte des Parlaments darstellte; und nicht zuletzt die verfassungsmäßige Erfindung der Sonderrechte des Kanzlers, das heißt die Herausbildung der Kanzlerdemokratie." (S. 94)

Pirkers Kritik am Verhalten der SPD gegenüber der Restauration der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erscheint berechtigt, hat doch die SPD in den ersten Jahren nach Kriegsende — wie ja auch die CDU in ihrem Ahlener Programm von 1947 — nicht einen Wiederaufbau, sondern einen Neuaufbau, vor allem im Bereich der Wirtschaft, gefordert. Weniger überzeugend ist hingegen Pirkers Kritik an der sozialdemokratischen Politik im Parlamentarischen Rat. Immerhin hat der Parlamentarische Rat 1948/49 den damals plausiblen Versuch gemacht, Konsequenzen aus den Erfahrungen mit der Weimarer Verfassung zu ziehen und Elemente der Stabilisierung in das Verfassungssystem einzubauen. Daß diese Elemente — nicht zuletzt unter den politischen und psychologischen Auswirkungen des Kalten Krieges — zur Herausbildung eines autoritär verfestigten Regierungssystems und eines der Kontrolle und Einwirkung des Volkes weitgehend entzogenen Parteiensystems führen würden, war 1948/49 wohl kaum vorauszusehen. Dieser Vorwurf Pirkers erscheint daher unhistorisch.

Pirkers Kritik an der Haltung der Sozialdemokratischen Partei in den ersten zehn Jahren nach der Gründung der Bundesrepublik zielt darauf ab, daß die SPD, im Par-

lament zur Opposition verurteilt, gleichwohl reale Chancen gehabt hätte, wichtige Entscheidungen, die die Weichen für die Zukunft stellten, in ihrem Sinne durch außerparlamentarische Aktionen, vor allem in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, zu beeinflussen. Statt dessen habe sie entweder ruhmlos kapituliert — wie im Kampf um die Ausweitung des Mitbestimmungsrechts und das Betriebsverfassungsgesetz und im Widerstand gegen den EVG- und Deutschlandvertrag — oder sie habe die beträchtliche politische Dynamik innerhalb der Bevölkerung, eine Folge der weitverbreiteten Ablehnung der Wiederbewaffnung und einer Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen, in relativ harmlose politische Formen wie die Paulskirchenbewegung und die Antiatombewegung gebracht und sie damit politisch unschädlich gemacht.

Pirker führt die Unfähigkeit der Partei, ihre reale Macht politisch einzusetzen, auf die Parlamentarisierung der SPD und die Herrschaft der Spezialisten zurück, die darauf drängten, immer und überall „dabeizusein" und mitzuarbeiten. Er zeigt, daß die nach dem Tode Schumachers verstärkte tonangebende Schicht der Parlamentarier und Spezialisten sich bereits seit Mitte der fünfziger Jahre in hohem Maße an die herrschende Politik angepaßt hatte und daß damit der Opposition faktisch das Rückgrat gebrochen war. Aus dieser Schicht gingen auch die Tendenzen zur „Modernisierung" der Partei hervor, wobei unter „Modernisierung" von Anfang an die Aufgabe traditioneller sozialistischer Forderungen, wie der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, und die weitgehende Übernahme der herrschenden politischen Vorstellungen zu verstehen war.

Die Meilensteine dieses Vorgangs der Anpassung und seiner Kodifizierung im Godesberger Programm von 1959 stellt Pirker ausführlich und unter Verwendung vieler Zitate dar. Allerdings läßt die Darstellung des so entscheidenden Parteitag von Bad Godesberg eine Reihe historisch und soziologisch relevanter Fragen offen. So hätte man gern etwas über den Prozeß der innerparteilichen Willensbildung vor dem Godesberger Parteitag erfahren. Man hätte auch gern etwas über die Zusammensetzung und Tätigkeit der Programmkommission, der ja immerhin viele angesehene Wissenschaftler angehörten, bei Pirker gelesen. Die Gegenentwürfe für ein Programm wären wohl der Erörterung wert gewesen, vor allem sicherlich der Entwurf Professor *Abendroths*, der sich im Gegensatz zum schließlich angenommenen Entwurf, doch in Übereinstimmung mit allen früheren Programmen der SPD, der Mühe einer Gesellschaftsanalyse unterzog.

Vom Urteil der zeitgenössischen Publizistik, die das Godesberger Programm überwiegend als ein Zeichen der sogenannten Entideologisierung und Versachlichung der Politik be-

zeichnet hat, weicht Pirker erheblich ab. Seiner Auffassung nach hat die SPD mit dem Godesberger Programm aufgehört, eine anti-kapitalistische, sozialistische oder radikal-demokratische Partei zu sein; sie habe die Anpassung an die bestehenden politischen Verhältnisse in der Hoffnung vollzogen, von dieser Basis aus dem politischen Gegner auf dem Stimmenmarkt mit gleichen Chancen entgegenzutreten zu können.

In Pirkers Darstellung der Geschichte der SPD nach Godesberg — der Politik der Angleichung an die Vorstellungen der Regierungsparteien, der Proklamierung der Gemeinsamkeit, des Strebens nach der Großen Koalition — mischt sich an mehr als einer Stelle ein Unterton der Verachtung. Aber Pirker legt auch eindringlich seine Sorge dar, daß der gegenwärtige Kurs der SPD und der weitgehende Verzicht auf Opposition zum Scheitern des demokratischen Experiments in der zweiten deutschen Republik führen könnte. Wer die Chance zur Entscheidung für eine nicht nur personelle, sondern auch inhaltliche Alternative zur jeweils amtierenden Regierung als eine Voraussetzung für das Funktionieren eines demokratischen Systems betrachtet, wird sich der Sorge Pirkers nicht verschließen können.

Das Buch „Die SPD nach Hitler“ ist die materialreichste Untersuchung zur jüngsten Geschichte der Sozialdemokratischen Partei, die bisher in der Bundesrepublik vorgelegt wurde. Man mag Pirkers Urteilen über den Weg und die Aufgaben der SPD zustimmen oder nicht — man wird in jedem Fall anerkennen müssen, daß Pirker Tatsachen und Zusammenhänge aufzeigt, deren Kenntnis für die Bildung eines intelligenten Urteils über den Zustand der Demokratie in Deutschland 20 Jahre nach Hitler unerlässlich ist.

Indessen muß kritisch angemerkt werden, daß das Buch in Details die Sorgfalt der Darstellung und Redigierung vermissen läßt, die dem Gegenstand angemessen gewesen wäre. So behauptet Pirker, der Berliner Parteitag von 1954 habe lediglich die „alten wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen, wie sie bereits im Aktionsprogramm von Dortmund festgelegt worden waren“, bestätigt (S. 201). Tatsächlich aber vollzog die Partei in Berlin durch die Einfügung des Satzes „Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig“ in das Aktionsprogramm die entscheidende programmatische Wende zu marktwirtschaftlichen Postulaten. Mangel an Sorgfalt, die einem Werk mit wissenschaftlichem Anspruch schlecht ansteht, lassen auch solche historisch falschen Termini wie „zweite deutsche Bundesrepublik“ (S. 166) und „Regierender Überbürgermeister“ (von Berlin; S. 312) erkennen.

Gefährlich zweideutig sind schließlich Pirkers Bemerkungen über den Sozialistischen Deutschen Studentenbund. Auf S. 275 schreibt

er: „Der SDS, der zwar keine Parteiorganisation war, so doch mit der SPD verbunden, war im Verlaufe des Kampfes gegen die atomare Ausrüstung während des Jahres 1959 aktiviert und radikalisiert worden. Mit einigem Erstauen und mit Unbehagen sah der Parteivorstand, daß immer mehr Studenten den Marxismus entdeckten und in den politischen Fragen marxistisch argumentierten. Ein Teil dieser studentischen Marxisten kam nebenbei darauf, daß ein Bekenntnis zum Marxismus der SED sich unmittelbar in Subventionen auszahlte.“ Die hier ohne die Spur eines Beweises aufgestellte Behauptung, einer der größten politischen Studentenverbände der Bundesrepublik habe Gelder von der SED angenommen, ist unverantwortlich. Es ist unerfindlich, wieso der Verlag dem Autor diese denunziatorische Passage durchgehen ließ.

Diese und andere Unrichtigkeiten und Zweideutigkeiten legen ebenso wie die zahlreichen grammatischen Schnitzer und sinnentstellenden Druckfehler den Verdacht nahe, daß es dem Verlag darauf ankam, das Buch möglichst schnell herauszubringen, um die Konjunktur des Wahljahres auszunutzen. Wie dem auch sei — die editorischen Mängel sind zu bedauern, da sie geeignet sind, die Glaubwürdigkeit dieser so notwendigen Arbeit zu beeinträchtigen. Man möchte dem Buch daher eine baldige, sorgfältiger vorbereitete Neuauflage wünschen. Eine zweite Auflage würde dem Autor auch die Gelegenheit geben, seine etwas fragmentarische Bibliographie um einige Titel zu erweitern.

Heinz Werner

FRIEDRICH A. LUTZ
DAS PROBLEM DES INTERNATIONALEN
WIRTSCHAFTLICHEN GLEICH-
GEWICHTS

Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Heft 9.
Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1963.
59 S., brosch. 8 DM.

Diese ursprünglich in englischer Sprache erschienenen „de Vries Lectures“ bilden ein hervorragendes Beispiel für die Anwendungsweise und Leistungskraft der modernen Nationalökonomie. Wer immer sich davon ein Bild machen möchte, der sollte sich diese Broschüre verschaffen. Überdies ist das Thema äußerst aktuell. Die Gold- und Devisenbestände der Bundesrepublik lenkten die Augen der Öffentlichkeit immer wieder auf die außenwirtschaftlichen Gleichgewichtsprobleme. Von den hier klärungsversprechenden Theorien nimmt sich Lutz die „Kaufkraftparitätentheorie“ vor, nicht zuletzt wohl deshalb, weil sie die Argumente für die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der „Aufwertung“ bzw. „Abwertung“ einer Währung liefert; diese Argumente werden immer wieder viel benützt.

Lutz analysiert nun diese Theorie, der er ein Körnchen Wahrheit und auch eine gewisse Anwendbarkeit zugesteht, allerdings nur bei Störungen, „die von der monetären Seite ausgehen. Keinesfalls kann sie Zahlungsbilanzstörungen erklären, die von ... güterwirtschaftlichen Faktoren ... hervorgerufen werden“. Anschließend werden drei Störungursachen besprochen, die im Zusammenhang von praktischer Bedeutung sind, nämlich: „unterschiedliche Inflationsgrade“ in den verschiedenen Ländern, „unterschiedliche Produktivitätszunahmen“ und „internationale Kapitalbewegungen“. Hinsichtlich der „Zahlungsbilanzpolitik“, die in der Folge behandelt wird, plädiert Lutz für eine Flexibilität der Wechselkurse, die allerdings nach den Statuten des Internationalen Währungsfonds formell ausgeschlossen ist. Trotzdem wäre diese Methode gut; besser jedenfalls als die Alternative der Kapitalexporte. Abschließend wird dann noch vom ebenfalls nicht zur Ruhe kommenden Problem der internationalen Liquidität gesprochen, wobei Lutz für eine Vergrößerung der Zahl der Reservewährungen eintritt.

Alles in allem darf ich zum Abschluß nochmals sagen: diese Studie von Lutz ist umfassend, klar und richtungweisend. Sie ist ein kleines Meisterwerk.

Dr. Johannes Kasnacich-Schmid

RENÉ FREY

STRUKTURWANDLUNGEN DER ISRAELISCHEN VOLKSWIRTSCHAFT

Mit 59 Tabellen und 18 Abbildungen, einer englischen Zusammenfassung und einem Vorwort von Gottfried Bombach. Veröffentlichungen der List Gesellschaft e. V., Band 39, Kyklos-Verlag Basel und J. B. C. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1965. 142 S., Ln. 20 DM.

THEO PIRKER

DIE HISTADRUT

Gewerkschaftsprobleme in Israel. Veröffentlichungen der List Gesellschaft e. V., Band 45, Kyklos-Verlag Basel und J. B. C. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1965. 134 S., Ln. 18 DM, brosch. 14 DM.

Mit einem großen Aufwand an statistischen Tabellen und Abbildungen, jeweils aufgliedert nach Distrikten, versucht *Rene Frey* zuerst Größe und Zusammensetzung der israelischen Bevölkerung, die Entfaltung des Arbeitspotentials, der Produktion und der Produktivität in den Jahren 1948 bis 1962 darzustellen und dann daraus „Mutmaßungen über die zukünftige Entwicklung“ (S. 10) abzuleiten. Da jedoch, wie Frey eigens betont, das statistische Material besonders für die Jahre bis 1955 keineswegs sonderlich zuverlässig ist, die israelische Wirtschaft aber in hohem Maß von kaum abschätzbaren externen Faktoren wie Einwanderung, Kapitalzustrom

und Exportchancen abhängt, ergeben die Mutmaßungen kaum mehr als das, was man nicht ohnehin wüßte. Ob ohne solch grobe Richtwerte ... eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik nicht auskommen kann“ (S. 10), bleibt zumindest fraglich, anzumerken allenfalls die Feststellung, daß im Ausland „früher und besser gesehen (oder wenigstens ausgesprochen) wurde“ (S. 2), daß weniger die Landwirtschaft als die Industrie die Erschließung des Negev zu tragen haben wird. Auch hält der Verfasser die israelischen Planungen für ein wenig zu optimistisch.

Pirker's Buch enttäuscht zunächst nicht minder. Das ungemein kurze Inhalts-, das mehr als dürftige Literaturverzeichnis lassen nichts Gutes ahnen, und tatsächlich wird man fast 60 Seiten lang bei der Darstellung der formalen Organisation der Histadrut und ihrer Probleme das Gefühl nicht los, als werde hier munter in die Luft hinein soziologisiert, denn die informative Basis ist äußerst schmal. Da wird von „Central Zionists“ gesprochen, wo wohl die Allgemeinen Zionisten gemeint sind, die Mapam gar als „Partei des aktiven Kolonialismus“ bezeichnet, und vollends verärgert es, bei einem offenbar sehr interessanten Artikel von *L. Berger* nicht zu erfahren, wo und wann er erschienen ist, obwohl Quellenangaben das Werk wahrhaftig nicht belasten.

Einwände dieser Art könnten auch für den Rest des Buches gemacht werden, aber sie verblassen gegenüber der Brillanz einer Kritik der israelischen Wirtschaft im speziellen, wie sie mir in dieser Schärfe und Treffsicherheit noch nicht begegnet ist. Gestützt auf Berger durchleuchtet Pirker den Etatismus des israelischen Wirtschaftssystems, „in dem der Staat auf dem Weg der Finanzierung von Einzelprojekten ohne Berücksichtigung der kalkulatorischen Kosten (permanent) interveniert“, ohne daß dem eine konsequente Planung zugrunde läge. Die hochgradig institutionalisierten, „hybriden“, „artifizialen“ Märkte würden zudem durch das Verhalten monopolistischer oder monopolähnlicher Institutionen noch mehr verfälscht, so daß „das israelische Wirtschaftssystem durch einen äußerst geringen Grad der formalen Rationalität auf allen Ebenen“ gekennzeichnet sei (S. 72). Pirker räumt mit dem gerade in Israel verbreiteten „universalen Irrtum der antikapitalistischen sozialistischen Arbeiterbewegung“ auf, der darin bestehe, „daß mit der Beseitigung privater Eigentumsformen ... das größte Hindernis zu Formen maximaler gesellschaftlicher Akkumulation beseitigt sei...“, ein Irrtum, der übrigens nicht so universal ist, wie Pirker glauben machen will, zeigt doch Jugoslawien das Gegenteil. Das permanente Hereinströmen von Kapital-Dotationen verhindere „nicht nur die Herausbildung eines streng kalkulatorischen Wirtschaftsverhaltens, sondern auch die Herausbildung eines rationalen Systems inter-

ner Kapitalakkumulation durch disziplinierende oder diktatorische Methoden der Wirtschaftsführung. Mit anderen Worten: Der Glaube an das Muster der Ideologie wie auch in die Effektivität des organisatorisch-institutionellen Musters wurde nie in Frage gestellt. Der dogmatische Glaube an die optimale Automatik des genossenschaftlichen Prinzips der Reinvestition der Gewinne' in Israel kann deshalb in seiner Intransigenz nur noch verglichen werden mit dem Glauben an die optimale Effektivität der Vertreter der neoliberalen Schule." (S. 70).

Eingehend analysiert Pirker dann die von *Oppenheimers* „Gesetz der Transformation“ herrührende ideologisch-theoretische Konzeption gegenüber den Produktivgenossenschaften, welche die Überzeugung umschloß, „daß Unternehmen der industriellen Produktion notwendigerweise nach dem Muster des kapitalistischen Industrieunternehmens organisiert sein müssen, d. h. nach ‚autoritär-manageriellem‘ Muster. Gleichzeitig beinhaltet diese Position die Kapitulation des Genossenschaftsgedankens vor dem Industrialismus überhaupt“ (S. 81), insbesondere vor den Problemen der Konzentration. Auch in Israel sei überdies die klassische sozialistisch-kommunistische Verteidigung der „manageriell-autoritären“ Betriebsverfassung anzutreffen: „da das Privateigentum an den Betrieben aufgehoben sei und dadurch die ‚Ausbeutung der Arbeitskraft durch den Kapitalisten‘, arbeite der Betrieb ex definitione in einem sozialistischen Sinn. .. — eine Demokratisierung der Betriebsverfassung sei deshalb überflüssig“. (S. 83)

Im Gegensatz zu weiten Partien des Buches wird die Relevanz dieses Gedankenganges ausführlich anhand der Geschichte der *Solei Bone*, des Bauunternehmens der Histadrut, und ihrer Darstellung durch *Walter Preuss* belegt. Als 1936 seine Schrift „Die jüdische Arbeiterbewegung in Palästina“ in zweiter Auflage erschien, „wurde — und dies trotz einer Reihe negativer Erfahrungen — die genossenschaftliche Struktur noch als möglich und ideal gewertet, und von einer universalen Wirkung des Gesetzes der Transformation war noch nicht die Rede“ (S. 86) wie dies in *Preuss' Werk* aus dem Jahr 1958 „Das Genossenschaftswesen in der Welt und in Israel“ der Fall ist. Dem Rezensenten fielen hier *die* Schuppen von den Augen, die er deutlich wahrgenommen hatte, selber aber nicht abzustreifen vermochte. Schade nur, daß Pirker diesen Wandel im Denken von *Preuss*, der haargenau den Wandel des Selbstverständnisses der jüdischen Arbeiterbewegung in Palästina widerspiegelt, nicht bis zu jenem Aufsatz „Neue Wege der Arbeiterschaft: Der *Misrad*“ zurückverfolgt hat, der im VI. Jahrgang 1921/22 von *Martin Bubers* Zeitschrift „Der Jude“ herauskam, und an den *Preuss* heute gar nicht gern erinnert wird. Zwar er-

wähnt Pirker im Zusammenhang mit den Erfolgen der israelischen Entwicklungshilfe einmal den „sehr rhetorischen Charakter dieses Sozialismus“ (S. 118), hätte er indes durchgehend die historische Perspektive berücksichtigt, dann wäre auch das klar herausgekommen, was so allenfalls zwischen den Zeilen zu lesen ist, daß nämlich die Histadrut trotz aller ihrer sozialpolitischen Leistungen in der Hand *Ben Gurions* primär zum Instrument der Eroberung des Landes wurde.

Oder sollte in diesem Buch irgend etwas unterdrückt worden sein? Es erstaunt, daß kein einziger der Informanten genannt wird, denen ansonsten im Vorwort gedankt zu werden pflegt. Was verbirgt sich hinter den „verschiedenen Umständen“, die nach den Worten *Edgar Salins* „bedauerlicherweise dazu geführt haben, daß die Drucklegung sich ohne Verschulden des Autors (um mehr als zwei Jahre) verzögert hat“? Inklusiv einer miserablen englischen Zusammenfassung, die keinen einzigen der Pirkerschen Gedankengänge klar herauschält, enthält das Buch nur 129 Textseiten, obwohl noch beim Erscheinen des Freyschen Werkes 160 Seiten angekündigt wurden. *Hermann Meier-Cronemeyer*

KAREL KRAL
DIE TSCHECHOSLOWAKEI
IN FRAGEN UND ANTWORTEN

Práce-Verlag der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung (ROH), Prag 1960. 259 S.

Aus Unterhaltungen mit Besuchern der Tschechoslowakei ist diese von der Zentrale der Tschechoslowakischen Gewerkschaften herausgegebene Schrift entstanden, in der auf fast 200 kurze Fragen mehr oder minder ausführliche Antworten gegeben werden. Natürlich hat sie propagandistischen Charakter, wie dies ähnlichen Schriften, nicht nur der Ostländer, eigentümlich ist; wer über sein eigenes Land schreibt, ist in der Regel bemüht, es von der besten Seite zu zeigen, vor allem wenn eine solche Schrift für das Ausland bestimmt ist. Dies vorausgesetzt, bietet aber das Buch eine Fülle von instruktiven Detailmaterial, das Auskunft über die Verhältnisse in der Tschechoslowakei gibt. Besonders ausführlich wird die Arbeitsweise der tschechoslowakischen Gewerkschaften, ihre Struktur, ihr Verhältnis zu den Parteien und Organisationen des Landes behandelt, und breite Kapitel sind auch dem Aufbau und Funkzionieren der Sozialversicherungsinstitutionen, der Kranken- und Altersfürsorge gewidmet. Die dabei gesetzlich festgelegten Abstufungen der Leistungen nach den einzelnen Arbeitnehmerkategorien, die Art und Weise, wie, wann und wo dabei jeweils die gewerkschaftlichen Organisationskörper eingreifen,

geben ein recht anschauliches Bild von der Alltagswirklichkeit der Sozialpolitik in einer Volksdemokratie. Daß die Volksdemokratie selbst in dem Buch mit bemerkenswerter Offenheit und unter Verzicht auf die andernorts anzutreffende Begriffsverwirrung als „eine Form der Diktatur des Proletariats“ (S. 12) definiert wird, legt die ideologische Grundhaltung des Buches von Anfang an unmißverständlich klar. — Das Werk ist mit einer Reihe von anschaulichen graphischen Darstellungen und mit guten Fotos und Zeichnungen ausgestattet.

Walter Gyssling

BEGEGNUNG MIT DER TSCHECHOSLOWAKEI

Aus dem Programm der Tschechoslowakischen Woche von Radio Bremen, im Rahmen der Bremer Beiträge herausgegeben vom Verlag B. C. Heye & Co., Bremen 1965. 271 S., kart. 7,90 DM.

Einige der deutschen Radiosender haben sich seit 1964 in recht erfreulicher Weise in den Dienst einer peinlich um Objektivität bemühten Information über die Ostländer gestellt. Hamburg (NDR) hat so in Gemeinschaft mit Radio Budapest eine „Ungarische Woche“ präsentiert, Radio Bremen in Zusammenarbeit mit Prag eine „Tschechoslowakische Woche“. Deren literarische Beiträge liegen nun teils vollinhaltlich, teils leicht gekürzt in Buchform vor und bieten so eine willkommene Erinnerung an das, was vor Monaten durch den Äther klang. Harry Pross, Irmgard Bach, Eckart Heimendahl und Klaus Wagenbach geben anschauliche und von strengstem Willen zu Sachlichkeit erfüllte Reisereportagen und Interviews mit tschechischen Persönlichkeiten, von denen einige mit eigenen Beiträgen zu Wort kommen. Viel Historisches ist untergemischt von Petrarca's Prager Besuch bis zum zweiten Weltkrieg und zur Ara des stalinistischen Terrors.

Vielleicht ist bei allem die Slowakei ein wenig zu kurz gekommen, vielleicht auch der kulturelle Sektor etwas zu nachhaltig in den Vordergrund gerückt zum Nachteil einer Berichterstattung über andere wesentliche Zweige des öffentlichen Lebens. Das gilt natürlich für das vorliegende Buch; die Tschechoslowakische Woche in den Bremer Radiosendungen selbst war, wie das abgedruckte Programm erkennen läßt, viel reichhaltiger. So orientiert das Buch vor allem über die Entwicklung von Poesie, Literatur, Theater, bildender Kunst und darüber nun um so aufschlußreicher. Sie werden ergänzt durch die glücklich gewählten Texte einiger tschechischer Hörspiele, die all das Menschliche und manchmal auch recht freimütig das Allzu-Menschliche hervortreten lassen, das für dieses Volk charakteristisch ist, für die Tschechen, von denen jeder einzelne ein mehr

oder minder großes Stückchen Schweiß in sich birgt.

Etwas dürftig gibt sich der Langstrecken-champion *Emil Zatopek*, er scheint es eben mehr in den Beinen zu haben. Auch der Beitrag über die antifaschistischen deutschen Flüchtlinge in Prag in der Zeit von 1933 bis 1939 hätte etwas reicher und farbiger ausfallen können.

Ganz hervorragend und überaus instruktiv sind hingegen die Gespräche mit dem Prager Germanisten und ehemaligen Diplomaten *Eduard Goldstücker*, sowohl das, was er über das Verhältnis der modernen und der jüngsten tschechischen Schriftsteller zu *Kafka* erzählt, der ja so lange in den Ostländern verkannt und verfemt war und erst unter dem Einfluß des „Tauwetters“ sozusagen wieder entdeckt wird, vor allem aber sein Bericht über den *Slansky-Prozeß*, und seine eigene Rehabilitation. Goldstücker figurierte ja damals neben *Slansky* und *Clementis* unter den Hauptangeklagten; in einer Sendung, in die sehr geschickt Tonbandaufnahmen aus den Gerichtsverhandlungen eingeblendet sind, wird jene deprimierende Terrorschrecke wieder lebendig und mit ihr die teilweise tapfere, meist allerdings opportunistisch-liebedienerische Haltung vieler tschechischer Schriftsteller. Diese Auseinandersetzung kann als ein vorbildliches Beispiel der seelischen Verarbeitung und geistigen Bewältigung einer düsteren Vergangenheit gelten und macht schon allein den Griff nach dem aber auch sonst recht lesenswerten Buch lohnend.

Walter Gyssling

HANSA CHASSE VERSTRICKT IN EINE FREMDE WELT

Südasiens Kulturen und die Entwicklungshilfe des Westens. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1965. 198 S., geb. 32 DM.

Unsere Wissenschaft und Technik ist nur ein Teil unserer — gewachsenen — Kultur. Der Versuch, sie einer anderen — in anderer Richtung gewachsenen — Kultur aufzupropfen, muß zu Mißerfolgen führen. Das ist ein zentrales Problem der Entwicklungshilfe, und die Bilanz, die man heute zieht, ist nicht erfreulich: die Kapitalhilfe wurde von den Empfängern oft wesentlich anders eingesetzt, als die Geber es sich gedacht hatten. Sie führte nicht zu „Wohlstand für alle“, sondern zu Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet, die man nicht vorausgesehen hatte, und machte die Reichen nur reicher. Die technische Zusammenarbeit brachte Enttäuschungen, weil der in einer anderen Kultur Herangewachsene ein völlig anderes Verhältnis zur Apparatur hat als der Amerikaner oder Europäer. Soziale

Gegensätze wurden nicht vermindert, sondern verstärkt. („Das Wissen von den neuen Möglichkeiten erwerben sich zunächst die wenigen, die ein Organ dafür haben, und sie hüten sich, es weiterzugeben.“) Die Unterschiede zwischen reich und arm — sowohl in den Entwicklungsländern selbst als auch im Weltmaßstab — haben sich vergrößert, und die Geberländer können durch ihre Entwicklungshilfe durchaus nicht eine vergrößerte Sympathie in den Empfängerländern verbuchen.

Der Autor hat als Berater der Vereinten Nationen in Indien und Thailand den Anstoß zu diesem Buch gefunden; er versucht, die Gründe für alle diese Probleme herauszufinden. Er ist dabei zu der Überzeugung gelangt, daß dazu nicht eine äußere Betrachtung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Situation genügt, sondern daß vor allem auch der geistige Hintergrund — auf beiden Seiten — erforscht werden muß, d. h. vor allem die Glaubenshaltungen in den verschiedenen Kulturen, die — für den oberflächlichen Betrachter fast unsichtbar — weitgehend das Verhalten bestimmen. Deshalb untersucht er — nach einer Bestandsaufnahme der bisherigen Entwicklungshilfe — vor allem den geschichtlichen und religiösen Wurzelgrund, aus dem jene Völker leben, und fragt sich, warum sie „unterentwickelt“ sind. Dem gegenüber stellt er die geistigen und moralischen Anforderungen der

modernen Naturwissenschaft und Technik („Die Technik ist der abendländischen Kultur nicht in den Schoß gefallen, sondern sie ist vorbereitet worden durch sehr viel ältere gedankliche Prozesse“) und fragt schließlich: Was können wir tun? Diese Frage beantwortet er mit aus der Praxis heraus entstandenen Vorschlägen zur Lösung einzelner Probleme.

In der Fülle der Literatur über Entwicklungshilfe erscheint uns dieses Buch von besonderem Rang, weil es einmal nicht davor zurückschreckt, Lieblingsgedanken der Geberländer anzugreifen, wie die Forderung nach Demokratie („Die Qualität - einer Diktatur - hängt von der Qualität des Diktators ab, und es kann auf dieser Basis viel Nützliches für die Entwicklung eines Landes geleistet werden“) oder die Vorliebe der Entwicklungsländer für moderne Waffen („Man kann damit rechnen, daß die Entwicklungsländer die letzten Errungenschaften der Kriegstechnik zu einem Zeitpunkt bereits besitzen, an dem sie in der Breite noch technisch unterentwickelt sind“), zum anderen aber, weil es hineinlotet in die religiösen und sozialen Systeme der betrachteten Länder — eine Mühe, der sich bisher kaum jemand unterzogen hat, um die wir aber nicht herumkommen werden. Deshalb sollte dieses Buch sorgfältig gelesen werden, zumal es nicht zwischen Schreibtisch und Flugzeug entstanden ist.
Erika Donner